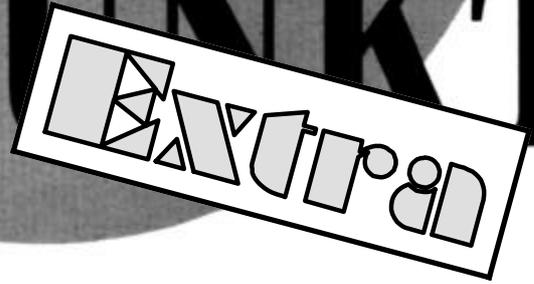


BLICKPUNKT



Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 10

November 2006

Jahrgang 35

Von der ehemals Gemeinnützigen Baugesellschaft zur Profit- u. Spekulations-Gesellschaft

Es bleibt dabei: Die DKP Heidenheim und ihre Stadträte seit Jahrzehnten an der Seite der Mieter in Heidenheim.

- 1986/88** OB Hornung denkt über Verkauf der Städt. Wohnungen nach.
- 1988** DKP Stadtrat Huber bezeichnet Zinssubventionen an GBH zum Bau von Wohnungen als Etikettenschwindel.
- 1988** Gemeinderat verkauft um 16 Mio.DM die Aquarena an Stadtwerke.
- 1988** Vorschlag Schorsch Meyer (CDU): Verkauf der Städt. Wohnungen. OB Hornung: „Sie rennen offene Türen ein.“ OB will sich von dem Klotz am Bein trennen.
- 1988/89** CDU-CSU/FDP schaffen Gemeinnützigkeitsgesetz ab.
DKP Aktionen für den Erhalt der Gemeinnützigkeit. Gegen die unbegrenzten Immobiliengeschäfte der GBH.
- 1989** DKP Mieterumfrage bei Städt. Wohnungen. Mängellisten an Gemeinderat und Stadtverwaltung.
- 1989** OB Hornung weigert sich, 1.022 Unterschriften von Mietern der GBH gegen die Abschaffung der Gemeinnützigkeit entgegenzunehmen. Er bekam das Ergebnis notariell beglaubigt per Post. GBH-Chef Griesinger steht voll hinter der Abschaffung der Gemeinnützigkeit. Neu GBH-Geschäftspolitik.
- 1989** Antrag von Stadtrat Huber, das Thema „Erhalt der Gemeinnützigkeit“ im Ge-



1989 DKP Protest im Gemeinderat zum Erhalt der Gemeinnützigkeit

- meinderat zu behandeln, wurde lediglich von Koberstädt, Sautter, Fischer-Aupperle und Kurowski unterstützt.
- 1990** Bei der GBH 1.600 und bei der Stadt Heidenheim 600 Wohnungssuchende.
Private Wohnungseigentümer erhalten Prämien von bis zu 4.000,- DM, wenn sie vermieten.
- 1990** Dezember: Protest der DKP wegen nichtöffentlicher Beratung zur Privatisierung der Städtischen Wohnungen.
- 1991** Gründung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Privatisierung

- der Städt. Mietwohnungen
- 1991** 14. März, Gemeinderat entscheidet sich, die Privatisierung einzuleiten. DKP Anträge, die Verwaltungsvorlage abzulehnen, wurden abgewiesen.
- 1991** DKP lädt die Mieter der Städt. Wohnungen zu einer Mieterversammlung ein.
- 1994** OB Himmelsbach informiert die städt. Mieter über den beabsichtigten Verkauf der Städt. Mietwohnungen.
- 1994** November, die Privatisierung der rund 620 Städt. Mietwohnungen wurde gegen die Stimme von DKP Stadtrat Huber beschlossen.
- 51 Prozent GBH und 49 Prozent Stadt.
- 1994** 15. Dez. Heidenheimer Wohnungsgesellschaft mbH eingetragen. Eigenkapital 30.000.000,- DM
- 1996** bereits im Mai spekuliert GBH-Chef Griesinger mit einem Börsengang. Die Börsenfähigkeit erfülle ihn mit Stolz, bemerkte er.
- 1996** 27. Juni beschloss der Gemeinderat, den Vertreter der Stadt in der Hauptversammlung der GBH zu beauftragen, dem Börsengang zuzustimmen. Dem Antrag der DKP, den Börsengang abzulehnen wurde vom Gemeinderat eine Abfuhr erteilt.

1996 DKP Stadtrat Huber:

„Mit dieser politischen Schandtät werden die Mieter abkassiert. Mit dieser Politik wird das Menschenrecht auf Wohnung weitgehend zum Nutzen von Spekulanten und Immobilienhändler abgeschafft.“

Die Abstimmung zum Börsengang ergab: Eine „Nein“- Stimme von DKP Stadtrat Huber. CDU, SPD, Grüne und OB Himmelsbach stimmten dem Börsengang zu.

Mit der Wohnungsprivatisierung begann das Desaster. Mit dem Börsengang ging es weiter. Heute muss der Widerstand mobilisiert werden, um noch Schlimmeres zu verhindern.



„Klein Zürich“ vor dem Abriss. Die DKP stand mit den Mietern allein im Widerstandskampf gegen die GBH, Gemeinderat und Stadtverwaltung.



Mieterinformation und Hausbesuche
Unterer Galgenberg

Die DKP Heidenheim hat auf ihrer Mitgliederversammlung beschlossen, das von der SPD, der IG Metall, dem DGB und dem Kreismieterverein Heidenheim initiierte Bürgerbegehren zur Herbeiführung eines Bürgerentscheids tatkräftig zu unterstützen.

Die DKP Heidenheim wird in den Mietwohngebieten Unterschriften sammeln.